

<b>Zeitschrift:</b>	Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
<b>Herausgeber:</b>	Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
<b>Band:</b>	- (2002-2003)
<b>Artikel:</b>	Kulturballast : Verschleierung der Aufklärung durch Repatriierung des schönen Scheins
<b>Autor:</b>	Thomas, Christian
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1072483">https://doi.org/10.5169/seals-1072483</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Christian Thomas

### **Kulturballast.**

### **Verschleierung der Aufklärung durch Repatriierung des schönen Scheins**

Wenn die Welt, die im vergangenen Jahr verstärkt auf Deutschland geblickt hat, eines Tages in Erfahrung bringen will, wo das Berliner Stadtschloß des frühen 21. Jahrhunderts seine Herkunft hatte, wird sie sich an einen Ursprungsmythos der Berliner Republik erinnern müssen. Wenn man sich umhörte in den vergangenen vier Jahren – hier der Ruf nach einer normalen Nation, dort die Sehnsucht nach einem normalen Volk – schien die Entbehrung in nichts anderem zu bestehen als in einer bald schon stark verbreiteten Normalisierung. Nichts schien selbstverständlicher als der normalisierend vollkommen sinnentleerte Begriff: Normalisierung.

**Normalisierung, ein Dogma** Die Normalisierungslust paßte zum Strukturwandel der Geschichtspolitik seit der Einführung der Berliner Republik Deutschland und der darin vorherrschenden Rhetorik von einer angeblichen Ent-Dramatisierung der Politik (die im übrigen in einem auffälligen Mißverhältnis zu den scheinbar populären Inszenierungsfähigkeiten heutiger Politik steht). Auch deshalb hat das Verlangen nach Normalisierung, ungeachtet der Frage, ob es einem Vertragspartner (etwa den USA), Ideen (etwa der Nation), Gesetzen (dem Ausländerrecht) oder gar historischen Ereignissen (Auschwitz) galt, die Berliner Republik wie ein Dogma beherrscht. Es dominierte den historischen Diskurs, und dessen Mehrwert im politischen Handgemenge war nicht zuletzt immer auch ein aggressiver. Es war auffällig: Ausgerechnet das Normalitätsbewußtsein verhielt sich recht dogmatisch; es hatte zudem von sich selbst eine heroische Auffassung. In besonderer Weise bildete sich die heroische Attitüde dort aus, wo sich die Normalisierungsrührigkeit dem Berliner Stadtschloß zuwandte.

Die Stadtschloßkontroverse, bereits unmittelbar nach der Wende erstmals heftig aufwallend, hatte ihre Konjukturen. Vor allem seit 1993 der Hamburger Kaufmann Wilhelm von Boddien eine Polyesterattrappe der historischen Fassade neben dem Palast der Republik installieren ließ, riß das Faible fürs Vergangene nicht mehr ab. Der Augentrug, animiert durch eine dünnwandige Plane, wurde von Rechtfertigungen begleitet, die architekturhistorisch zu keiner Zeit ein Argument waren. Die Hinweise auf Anstrengungen, etwa beim Wiederaufbau der Frankfurter Paulskirche, der

Münchner Residenz oder der Dresdner Frauenkirche, waren vorsätzliche (oder ignorante) Irreführungen. Denn in Dresden, München oder Frankfurt, genauso wie auch in Warschau oder Venedig, hier mit dem Schloß, dort mit dem Glockenturm von San Marco, ließ sich der Wiederaufbau mit Ruinenresten in überzeugender Zahl und Qualität bewerkstelligen, die eine konservierende, eine restaurierende oder gar interpretierende Rekonstruktion, wenn man denn an die Kategorien eines Rudolf Schwarz erinnern will, ermöglichten.

In besonderer Weise hat Gerhard Schröder, als Strategie der Normalisierung, die Stadtschloßfrage wie nebenbei zur Staatsaffäre promoviert. Schon wenige Wochen nach der 98er-Wahl zum Bundeskanzler richtete sich Schröders Interesse nicht allein auf ein Comeback des Gestrigen, vielmehr verband der Kanzler die architekturästhetische Perspektive mit einer patriotischen Bildungsoffensive: Der Neubau der Hohenzollernresidenz, äußerte er in einem Zeitungsinterview, sei geeignet „dem Volke was für die Seele“ zu geben.

**Der Ballast der Staatsästhetik** Seit dem Diktum des Kanzlers wurde der republikanische Diskurs über das Stadtschloß vom rot-grünen Dienstweg begleitet.



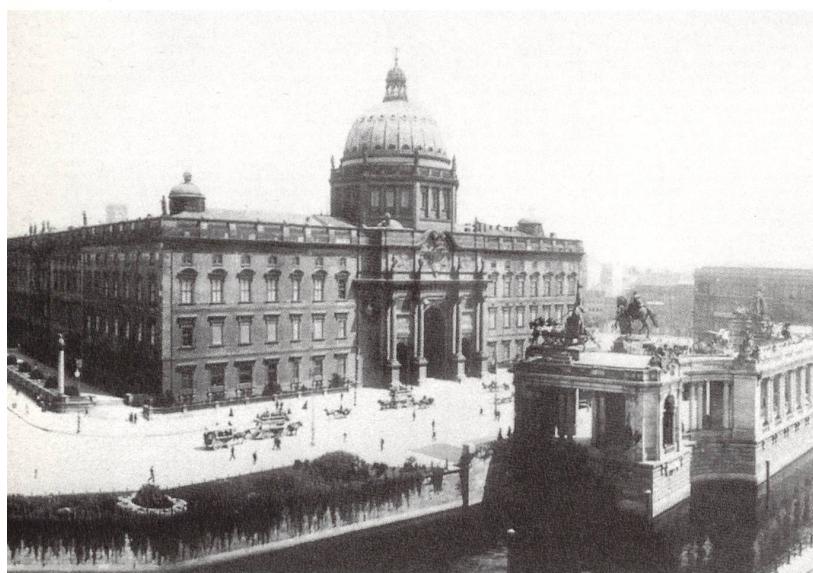
Auf diesem wurde mancher Zweifler oder Gegner zum glühenden Neoresidenz-Liebhaber. Ganz pragmatisch – und nicht etwa pathetisch betrachtet, darf man die Äußerung Gerhard Schröders mit einem Wort seines vormaligen, zweiten Kulturstatsministers, Julian Nida-Rümelin, als eine weitere Forcierung der „Ideologisierung“ der Stadtschloßidee betrachten. Schröders Hoffnung auf nationale Psychohygiene baute auf die Renaissance der Hohenzollernresidenz. Mit dieser Vision adoptierte der Sozialdemokrat, als Niedersachse – verglichen mit jedem Bayern – symbolpolitisch sicherlich stark unversorgt, das Berliner Stadtschloß endgültig als Staatsschloß der Berliner Republik. Vergleichbare historische Stunden hat die Republik in den letzten Jahren während der Konsensbemühungen um die Gestaltung des Holocaust-Mahnmales in Berlin erlebt. Dabei galt die Debatte über eine Gedenkstätte einem, unbestritten, republikweit zentralen Auftrag. Elemente dieses hochgradig komplexen und komplizierten Willensbildungsprozesses, der schließlich im Deutschen Bundestag abgeschlossen werden konnte, sind auch auf die Auseinandersetzung um das Berliner Stadtschloß übertragen worden. Auch bei dieser Debatte drängte sich zuletzt der Eindruck auf, daß die mittlerweile zwölfjährige Dauerrhetorik sich bereits

selbst zu einem Monument entwickelt habe. Eine weitere Parallele ergibt sich aus dem hier wie dort unternommenen Versuch einer Selbstverständigung der jungen Berliner Republik über ihre Möglichkeiten architektonischer Repräsentation. Baukunst geriet in den Rang einer staatlichen Imagestrategie. Der architektonische Ausdruck wurde als Beitrag zur Staatsästhetik aufgefasst.

#### **Vergangene Bescheidung. Verfehlte Opulenz**

Die architektonische Zurückhaltung der Bonner Republik Deutschland ist, von Berlin aus ins Visier genommen, häufig belächelt worden. Auch muss man das rituelle Bekenntnis zu architektonischen Bescheidengesten nicht überstrapazieren, vor allem dann nicht, wenn man sich noch einmal den „schwarzen Trippelkatafalk“ (Heinrich Klotz) des Bonner Bundeskanzleramtes, entworfen von der sagenhaften Planungsgruppe Stildorf, vor Augen führt. Dennoch, ob Sep Rufs Kanzlerburgalow oder Günter Behnischs Parlamentsgebäude am Rhein: In Bonn wurden architektonisch eindrucksvolle Bescheidenheitsgesten verwirklicht. Auch erlebte bereits Behnischs Bauwerk eine jahrelang verbissen geführte Diskussion, die sich jedoch weitgehend hinter den Kulissen abspielte, jenseits einer breiteren Öffentlichkeit, die diese Diskussion als Chance der Selbstverständigung über staatliche Symbole weitgehend ignorierte.

Mit dem Gefühlshaushalt der Berliner Republik waren solche eher beiseite gesprochenen Kontroversen nicht mehr vereinbar. Die Unlust an der Überhöhung durch staatliche Symbole wurde seit 1989 zur gängigen Kritik. Das „Untermaß an Staatsrepräsentation“, so, stellvertretend für viele, der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee, sollte in Berlin keine Fortsetzung finden. An erster Stelle nicht mit dem neuen Kanzleramt von Axel Schultes und Charlotte Frank, einem Bauwerk, das durch seine Monumentalität ebenso wie durch seine Theatralik Anspruch auf eine Machtzentrale erhob. Dieses Bauwerk vor Augen darf man spekulieren, ob die Stadtschloß-Kontroverse nicht auch dadurch eine weitere Dynamik erfahren hat, daß die Republik an diesem Kanzleramt eher leiden sollte (ein Gedanke, den der Architekt selbst ins Spiel gebracht hat). Das



Dresden. Geschlossener Zwinger  
Foto: Gerhard Ullmann



Bauwerk im Spreebogen wird von der Republik so ganz und gar nicht als ein „normales“ Regierungsbüro empfunden, die dort verwirklichte Architektur zudem kaum als glückliche Geste staatlicher Repräsentation. Tatsächlich ist das Kanzleramt nicht zu dem Typus von Bauwerk geworden, das Vertrauen in den Staatskult zu wecken vermochte. Darüber darf man rätseln, ob nicht mit der verbissenen Sehnsucht nach dem Schloß der mentale Haushalt der Berliner Republik so etwas wie ein Kompensationsgeschäft abwickeln möchte, ein geschichtspolitisches und ein sozialpolitisches.

#### **Transkription einer geschichtspolitischen Strategie**

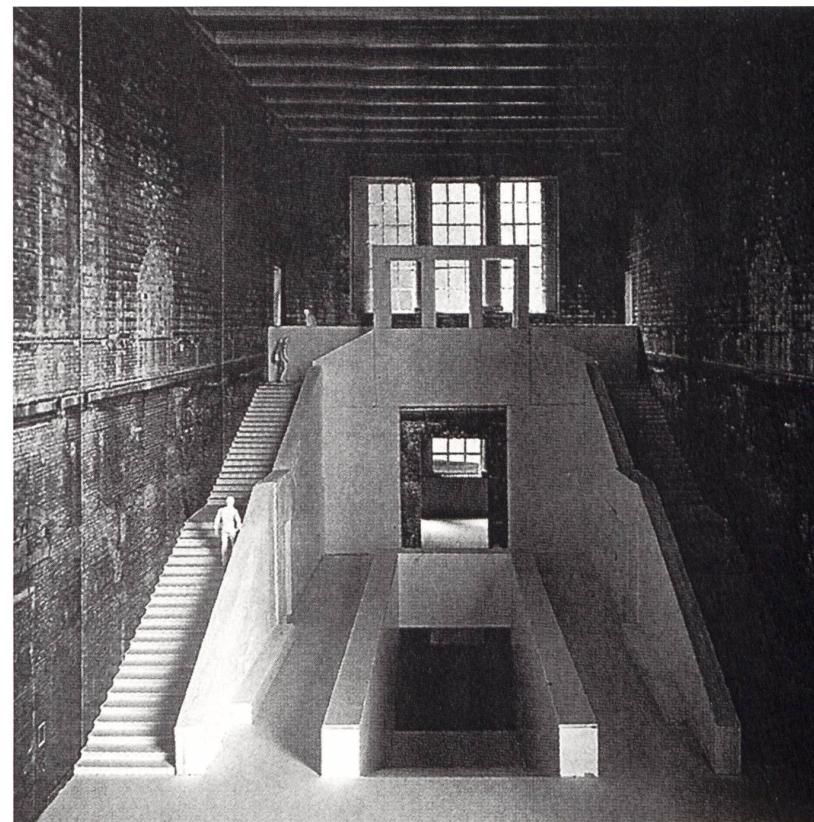
Geschichtspolitik als Entspannungspolitik, nun nicht mehr allein in Richtung Osten, sondern gezielt in Richtung der eigenen Geschichte, gehörte zu den stillschweigenden Koalitionsvereinbarungen von Rot-Grün. Mit der Heimholung der Hohenzollernresidenz sollte die geschichtspolitische Strategie dieser Entspannungsbemühungen und Normalisierungsabsichten den Ritterschlag erhalten. In der Stadtschloßdiskussion wurde diese Anstrengung um eine entkämpfte historische Optik jedoch von den denkbar schlechtesten Beratern sekundiert: von historischem Pathos, nationalem Prestigegegn (und, an den Rändern), von einem geschichtspolitischen Revanchismus.

Wenn es um das Stadtschloß zu Berlin ging, spielte nicht in erster Linie die Signifikanz der Bebauung des Stadtraums eine Rolle. Selbst das einzige Argument zur Neugestaltung der Mitte Berlins, das stadträumliche, wurde stets, ganz so, als müsse sich die Republik ein Terrain zurüsten, auf dem die trügerische Rekonstruktion zu sich selber finden darf, metaphysisch überhöht. Das ging so weit, daß schließlich gar die Mitte der Stadt als „Staatsort“ (Dieter Hoffmann-Axthelm) ins Spiel gebracht wurde. Wo aber diese monströse Kopfgeburt zur schönen Fiktion aufgemöbelt wurde, hatten ausgerechnet historische Argumente kein Aufenthaltsrecht mehr.

Das Plädoyer für den Neubau des alten, des durch den Krieg beschädigten und von der SED in einem barbarischen Akt zerstörten Schlosses, dieser Collage aus Renaissance und Barock, dieses Zusammenspiels der Gestaltungskräfte eines Schlüter, eines Eosander

und Stüler, bezog seine Rechtfertigungen aus der Chuzpe gegenüber dem historischen Gedächtnis – einem Nah- und Ferngedächtnis gleichermaßen. Einem Nahgedächtnis, das die bundesdeutsche Geschichte überschaute, um sich der Kontinuitäten für die Berliner Republik zu versichern. Und einem Ferngedächtnis, das die letzten rund 300 Jahre deutscher Geschichte, wovon die letzten rund 80 Jahre eine Geschichte der besonderen Brüche gewesen ist, im Blick behält.

Das Schloßcomeback war als Update einer Entwicklung ins Auge gefasst, die als Kontinuität nie existiert hatte. Aber als Scheinkontinuität macht sie deutlich, wie sehr das Stadtschloß als Fiktion vor Augen gestellt werden soll.



Berlin. Neues Museum, Modell der Treppenhalle  
Foto: Roman März

**Verschleierung der Aufklärung** Erst in dieser Fiktion durften Schloß und Aufklärung zu Synonymen werden. Zum „Staatsort“ erklärt, waltete sozusagen die Gnade einer auf später datierten Geburt dieser Einrichtung. Wer sich aber die Mühe machte, um noch einmal in den Büchern nachzuschauen, der stieß auf das Jahr 1698. Nicht Friedrich II. war da bereits am Ruder, kein aufgeklärter Absolutismus wirksam, noch, so muß man sagen, ein höfischer. Und in der Tat, so konnte man ebenfalls nachlesen, war das Schloß schließlich, 1918, bei der Abdankung Wilhelm II., durchaus (in gewisser Weise, in einem gewissen Umfang et cetera) ein Symbol der Hohenzollern-Herrschaft gewesen. Damit war von Schloßkritikern ein häßlicher Gedanke formuliert, nicht falsch, aber in Zeiten der Normalisierung auf verlorenem Posten, zumal der Wille zum Staats-schloß auf Berliner Boden, auch das gehörte zum Verfahren eben dort, auf Hauptstadtterrain, von einer lokalpatriotischen Kamarilla abgeschirmt wurde. Der Staatsortgedanke ist sicherlich nicht so populär geworden wie bis auf den heutigen Tag die Staats-schloßidee. Und doch verbirgt sich hinter dem ersten Aspekt noch stärker als hinter dem zweiten eine kolossale Staatsmetaphysik, die, auch sie grober Hegelianismus, ausgerechnet eine fremdfinanzierte Milliarden-

immobilie zum innerweltlichen Beweis preußischer Hegemonie im Heilsplan der Berliner Republik aufbaute. Das war eine Entdeckung, der sich der Bundestag mit seiner absurdem Empfehlung angeschlossen hat. Mit ihr wurde nicht nur ein sepiafarben getönter Augentrug sanktioniert, sondern in besonderer Weise ein antimodernes Ressentiment. Es hat in der Schloß-debatte, insbesondere in der jüngeren, die dann auch der Bundestag geführt hat, nicht an Versuchen gefehlt, gerade die (Architektur-) Moderne in Mißkredit zu bringen. Gleichzeitig wurde mit dem Schloßversprechen so etwas wie die Repatriierung des Schönen wie des schönen Scheins ins Zentrum der Hauptstadt beschworen. In den Vorstellungen der Liebhaber von betörenden Konsölchen, bezaubernden Gesimsen und hinreißenden Verdachungen (ganz abgesehen von der Aussicht auf eine wunderbare Attika), konnte man die Zuneigung zu einer natürlichen Barockschönheit entdecken, die unbekümmter kaum sein könnte.

Auf jeden Fall nicht auf dem jüngsten Stand der Bauwirtschaft, mit ihren vorfabrizierten Konsölchen, ihren vorfabrizierten Gesimsen und vorfabrizierten Verdachungen (ganz abgesehen von der Aussicht auf eine vorfabrizierte Attika).

Was also darf die Republik erwarten: vielleicht am Ende doch nur ein Mega-Adlon? Bei allen Anstrengungen wurde offensichtlich, daß in die geschichts-politischen Motive sozialpolitische hineinwirkten. Die Hingabe, mit der die „ästhetische Schönheit“ des Schlosses die Wiederkehr des „engagierten Citoyen der Stadt“ (Wilhelm von Boddien) versprach, stellte ein weiteres Kompensationsgeschäft dar. Das Stadtschloß als eine feste Burg der Heilungskräfte des WahrenGutenSchönen, in dessen vier Wänden die Paradoxien der Moderne ausgesetzt scheinen, war von enormer Faszination.

Jedenfalls von einem zwielichtigen Zauber, der mit dem Blick zurück den Sprung nach vorn, heraus aus den Zumutungen der Moderne, die rasante Entwerfung der Traditionenbestände zu bewältigen wünscht.

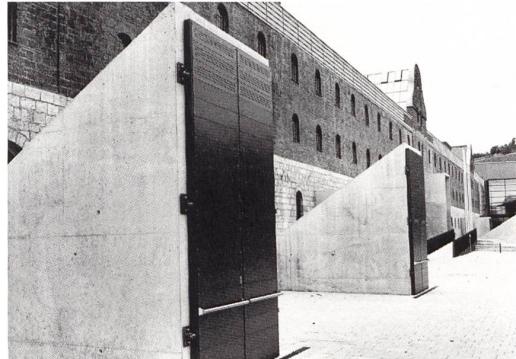
**Berliner Dialektik der Aufklärung** Die größte Zumutung der Schloßenthusiasten an die Adresse der Berliner Republik besteht bis auf den heutigen

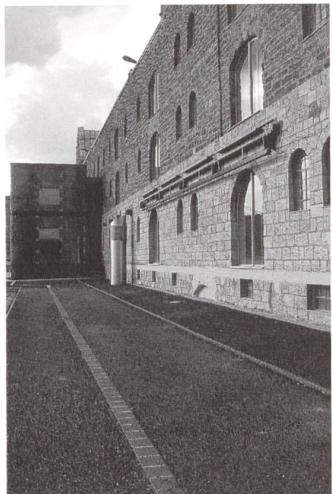


Würzburg. Kulturspeicher, lange Gerade  
Fotos: Gerhard Ullmann

Tag darin, daß sie ihre Immobilie, wenn sie denn eines Tages kommen wird, trotz der katastrophalen Finanzlage Berlins, trotz der Notopfer für einen weiteren Wiederaufbau Ost, in einer Weise symbolisch überfrachtet haben, die das Bauwerk nicht wird erfüllen können. Die tragische Ironie, wenn man sich denn mit diesem Aspekt bereits befassen möchte, wird darin bestehen, daß die Fassaden den historischen, den geschichtspolitischen und sozialpolitischen Ballast nicht werden kompensieren können. Wie denn auch? Es sei denn, die Republik habe von ihrem Berliner Schloß eine Vorstellung, die man tatsächlich als eine barock-absolutistische begreifen müsste.

Diese horrende Hypothek wurde dennoch vom Parlament willig aufgenommen. Das Schloß als Metapher der heilen Welt einer eingekapselten Vernunft, die Moderne als „offene Wunde“ (so die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer). In dieser Dichotomie erreichte die Stadtschloßdebatte mit den Reden im Deutschen Bundestag ganz ohne Frage ihren Höhepunkt. Es war ebenfalls die Bündnisgrüne Antje Vollmer, die schon vor der Aussprache im Parlament festgestellt hatte: „Ich bin für das Schloß, weil Berlin dadurch seine historische Mitte aus der Zeit der Aufklärung bekommt.“ Zu dieser Zumutung, die, wie die Bundestagsdebatte zeigte, im Parlament Immunität genoss, sollte man ergänzen, dass das Preußentum auf sehr dialektische Weise der Aufklärung zugearbeitet hat. Dass eine, sagen wir, indolente Vernunft, die man im Parlament gegenüber der deutschen Geschichte walten ließ, ausgegerechnet in der Verantwortung von großen Teilen der 68er-Generation lag, ist aufschlussreich. Es ist ja nicht so, daß man auf diese Episode erpicht gewesen wäre, aber eines Tages wird die Schloßdebatte der Nachwelt reichlich mentalitätsgeschichtliches Material über ein weiteres Kapitel der Dialektik der Aufklärung liefern.





Würzburg. Alter Hafen. Kulturspeicher –  
Hafenseite und Eingangsfront  
Fotos: Gerhard Ullmann

